

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Beschlussentwurfes 115 Stimmen  
Dagegen 1 Stimme

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

86.019

**Landesmuseum. Erwerb von Altertümern**  
**Musée national.**  
**Acquisition d'antiquités**

Botschaft und Beschlussentwurf vom 7. Mai 1986 (BBI II, 541)  
Message et projet d'arrêté du 7 mai 1986 (FF II, 557)

Beschluss des Ständerates vom 6. Oktober 1986  
Décision du Conseil des Etats du 6 octobre 1986

Herr **Landolt** unterbreitet im Namen der Kommission für Wissenschaft und Forschung den folgenden schriftlichen Bericht:

1. Mit der am 7. Mai 1986 verabschiedeten Vorlage ersucht der Bundesrat die Eidgenössischen Räte, den Zahlungskredit für die Erwerbung vaterländischer Altertümer des Schweizerischen Landesmuseums (SLM) auf jährlich 800 000 Franken zu erhöhen.

Seit genau 100 Jahren beteiligt sich der Bund mit jährlichen Krediten an den Bestrebungen zur Erwerbung und Erhaltung vaterländischer Altertümer (Bundesgesetz vom 30. Juni 1886). Diese Kredite wurden mit dem Bundesgesetz vom 27. Juni 1890 betreffend die Errichtung eines Schweizerischen Landesmuseums auf das SLM übertragen.

Gemäss Artikel 3 dieses Gesetzes werden die historisch-antiquarischen Sammlungen des Landesmuseums einerseits aus Schenkungen und Legaten und andererseits aus dem Kredit des Bundes geäuft, der sich seit 1970 auf jährlich 400 000 Franken bemisst. Der Kredit dient dem Ankauf beweglicher Altertümer geschichtlicher und kunstgeschichtlicher Art, die von allgemeinschweizerischer Bedeutung sind und im Sammlungskonzept vorhandene Lücken zu schliessen vermögen.

Aufgrund der seit 1970 eingetretenen Geldentwertung und der real gestiegenen Preise für Altertümer ist eine Anpassung der Jahrespauschale dringend erforderlich. Aus Spargründen beschränkt sich die beantragte Krediterhöhung auf den Ausgleich des Kaufkraftverlustes, ohne die weiterhin fortschreitende Preisentwicklung zu berücksichtigen, die im Kunst- und Antiquitätenhandel sehr schwer vorzuschätzen ist.

Von Bedeutung ist die Erhöhung der Kredite vor allem auch im Hinblick auf die Einrichtung der im Aufbau begriffenen Zweigstelle des Landesmuseums auf Schloss Prangins bei Nyon.

Die Kommission gelangte zur Ueberzeugung, dass diese finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit der Bund seine kulturpolitischen Aufgaben in diesem Bereich erfüllen kann.

*Antrag der Kommission*

Eintreten und Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Entrer en matière et adhérer au projet du Conseil fédéral

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*

*Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière*

*Detailberatung – Discussion par articles***Titel und Ingress, Ziff. I und II**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Titre et préambule, ch. I et II**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Beschlussentwurfes 109 Stimmen  
Dagegen 3 Stimmen

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

86.031

**ETH. Bauvorhaben**  
**und Tramkonzession Lausanne Süd-West**  
**EPF. Projets de construction et concession**  
**pour le tramway Lausanne sud-ouest**

Botschaft und Beschlussentwürfe vom 28. Mai 1986 (BBI II, 1149)  
Message et projets d'arrêtés du 28 mai 1986 (FF II, 1181)

Beschluss des Ständerates vom 6. Oktober 1986  
Décision du Conseil des Etats du 6 octobre 1986

**Landolt**, Berichterstatter: Mit seiner Botschaft an das Parlament ersucht der Bundesrat um einen Kredit von gesamthaft 428 Millionen Franken. Diese halbe Milliarde beinhaltet ein breites Spektrum an Bauvorhaben, die alle direkt, aber auch indirekt der Lehre und Forschung an den beiden Technischen Hochschulen in Zürich und Lausanne von Nutzen sein werden.

Obwohl die neuen Objektkredite und die vorliegenden Zusatzkredite sich auf Bauvorhaben in Schwerzenbach und Zürich, in Villigen (Aargau) und in der Region von Lausanne erstrecken, sind sie doch ganz klar auf drei Schwerpunkte ausgerichtet: erstens die ETH Lausanne, zweitens die ETH Zürich und drittens das Schweizerische Institut für Nuklearforschung in Villigen. Zu allen drei Objekten müssen Zusatzkredite eingeholt werden. Eine übersichtliche Zusammenstellung der gesamten Kredite sehen Sie in der Botschaft auf den Seiten 87 bis 89.

1. Zur Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne ist zu sagen, dass sich die Eidgenossenschaft im Jahre 1968 mit einem Bundesbeschluss verpflichtet hat, innert 25 Jahren die Hochschule aus dem Stadtkern von Lausanne nach Ecublens zu verlegen. Der geforderte Baukredit von 221 200 000 Franken ist denn auch der dritte Teilkredit für die zweite Bauetappe.

Mit Genugtuung nehmen wir zur Kenntnis, dass in dieser Bauetappe bewusst auf Gebäude der Verwaltung und auf Sportanlagen verzichtet wurde. Dagegen werden Gebäude für die erst beschlossene Abteilung für Informatik errichtet. Diese enthalten Hörsäle, die polyvalent sowohl für Vorlesungen als auch für Praktika verwendet werden können. Kommentarlos hat die Kommission Wissenschaft und Forschung dem Liegenschaftserwerb für den Bau von Studentenwohnungen zugestimmt.

Anlass zur Diskussion gab der ausserordentliche Beitrag von 45 Millionen an eine Trambahn. Ueber diesen einmaligen, absolut fixierten und keiner Teuerungsklausel unter-

worfenen Betrag wird Sie der Präsident der Bautengruppen unseres Rates, Kollege Aregger, orientieren.

Aufgrund der Tatsache, dass diese Metro mit Hochperrons vom Zentrum von Lausanne aus die ETH Lausanne mit der SBB-Station Renens verbindet, ist unsere Kommission zum Schluss gekommen, dass auf den Bau des Parkgebäudes zur Zeit verzichtet werden könne. Im Einverständnis mit dem Herrn Bundespräsidenten schlagen wir Ihnen vor, den Objektkredit um 3'090'000 Franken zu kürzen.

Die Zusatzkredite für die ETH Lausanne von 10 Millionen sind zu 8,2 Millionen teuerungsbedingt und in der Botschaft eindrücklich ausgewiesen. 1,8 Millionen werden benötigt für die interne Betriebsschutzorganisation sowie für geschützte Arbeitsplätze und allgemeine Zivilschutzräume, so dass nach Abschluss der Verlegung der ETH Lausanne nach Ecublens total für 3000 Personen Schutzplätze zur Verfügung stehen.

2. Für die ETH Zürich werden vier Objektkredite verlangt. Der grösste davon ist für die Verlegung der Abteilung für Pharmazie auf das Areal Irchel der Universität Zürich. Seit der Gründung der ETH 1855 ist die Pharmazie in Zürich an der ETH untergebracht, im Gegensatz zu den Städten Bern, Basel, Genf und Lausanne, wo die Pharmaziestudenten an den kantonalen Hochschulen ihr Studium absolvieren. Der Apothekerberuf gehört zu den Medizinalberufen. Die Ausbildung und das Staatsexamen sind einem von unseren beiden Räten zu genehmigenden Reglement unterworfen. Aus diesem Grund hat eine eidgenössische Kommission, genannt nach dem Präsidenten Professor Bloch, 1971 einen Bericht zuhanden des Bundesrates erarbeitet. Diese Kommission hat Reformvorschläge für das Studium vorgelegt, aufgrund deren die beiden eidgenössischen Kammern das neue Studienreglement vor sechs Jahren hier und im Ständeratssaal genehmigt haben.

Die Kommission Bloch hat aufgrund der Studentenzahlen anno 1971 empfohlen, das Pharmaziestudium an der ETH Zürich in deutscher Sprache und an einer welschen Universität in französischer Zunge zu dozieren. Alle Bemühungen des schweizerischen Schulrates und des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft in Verhandlungen mit der Schweizerischen Hochschulkonferenz haben es in den letzten zwölf Jahren nicht ermöglicht, sich in der welschen Schweiz auf eine Universität zu einigen oder die Abteilungen an den Universitäten Basel oder Bern zu schliessen.

Seit der Bericht Bloch veröffentlicht wurde, haben sich die Studentenzahlen in der Pharmazie mehr als verdreifacht. Die Fachsemester der Abteilung Pharmazie sind im Zentrum der ETH Zürich untergebracht. Sie verfügen weder über genügend grosse Hörsäle noch über die nötigen Laboratorien. Dagegen verhindert die Abteilung Pharmazie im Zentrum die dringend notwendige Vergrößerung der Informatik-, Laser-, Optik- und metallurgischen Wissenschaften. Für die ETH Zürich ist es daher ein Glücksfall, wenn die Universität Zürich in der dritten und letzten Ausbaustufe Hand bietet zum Erwerb von Stockwerkeigentum auf dem letzten möglichen Areal, das für Hochschulzwecke in Zürich ausgebaut werden kann.

Unsere Kommission ist sich bei der Beratung über die Verlegung der Abteilung Pharmazie dessen bewusst geworden, dass die Koordination zwischen den ETH und den kantonalen Universitäten ein Sorgenkind unserer Hochschulpolitik ist. Wir müssen feststellen, dass sie lediglich auf gegenseitigen lokalen Absprachen beruht. Die Aufgabenausscheidung zwischen den beiden ETH und den kantonalen Universitäten ist ein schwieriges und nicht befriedigend gelöstes Problem. Es kann hier nicht die Rede davon sein, dass dieses Problem mit der Verweigerung des Kredites für die Verlegung der Pharmazie gelöst werden könnte. Ich bitte Sie darum, dem Antrag des Bundesrates zuzustimmen.

Das Institut für Toxikologie in Schwerzenbach ist das einzige seiner Art in der Schweiz. In der Lehre werden die Studierenden der Human- und Veterinärmedizin der Universität Zürich und diejenigen der Pharmazie, der Chemie, der Lebensmittelchemie, der Biochemie und Biologie der ETH betreut. Ebenso werden Weiterbildungskurse für Fachleute

aus Industrie, Hochschulen und Behörden durchgeführt. In der Forschung befasst sich das Institut mit allen Problemen der Gesundheitsgefährdung durch Chemikalien von Mensch und Tier sowie der Verbesserung von toxikologischen Mess- und Prüfverfahren. Das Institut aus dem Jahr 1975 ist in provisorischen Gebäuden untergebracht, es muss unbedingt ein Erweiterungsbau erstellt werden, und bestehende Gebäude müssen saniert werden.

Schliesslich ist in Zürich am ETH-Zentrum das Hauptgebäude der landwirtschaftlichen Abteilung aus dem Jahr 1974 renovationsbedürftig. Das Gebäude wurde von der Denkmalpflege unter die schutzwürdigen Bauten eingereiht, obwohl schon 1915 Ausbauten und zuletzt 1952 ein Dachaufbau errichtet wurde.

Der gesamte bauliche Zustand ist derart schlecht, dass eine Sanierung aus Sicherheitsgründen vorgenommen werden muss. Gleichzeitig können 1200 m<sup>2</sup> neue Nutzfläche gewonnen werden. Die Bautengruppe hat die Pläne begutachtet und das Gebäude besichtigt. Sie empfiehlt Zustimmung.

Drittes Kreditobjekt ist das Schweizerische Institut für Nuklearforschung in Villigen. Die angeforderten 32,58 Millionen Franken sollen für den Bau einer Spallationsneutronenquelle verwendet werden. Dieser Objektkredit hat in unserer Kommission Anlass zu prinzipiellen Überlegungen über die Aufgaben der Kommission für Wissenschaft und Forschung gegeben, und zwar in bezug auf Forderungen und Problematik unserer Forschungspolitik. Desgleichen wurde heftig über die Kompetenzordnung zwischen den drei parlamentarischen Kommissionen Wissenschaft und Forschung, Finanzkommission und GPK diskutiert. Schliesslich wurde die Frage gestellt, wie weit dem Parlament eine Führungsrolle zukomme in bezug auf die zukünftige Richtung der Lehre und Forschung in der Zusammenarbeit mit der Exekutive und deren beratendem Gremium, dem Schweizerischen Schulrat. Insbesondere wurde bemängelt, dass uns zurzeit wichtige Probleme der Struktur und Organisation vorenthalten werden.

Aus dem Hayek-Bericht ist uns bekannt, dass das SIN in Villigen und das EIR in Würenlingen zusammengelegt und neu strukturiert werden sollen. Der Tagespresse haben wir entnehmen müssen, dass der Schulrat dem Bundesrat einen Bericht und einen Vorschlag eingereicht hat. Es ist uns versichert worden, dass damit eine Personaleinsparung von 100 Stellen ermöglicht werden soll.

«Der Bau dieser Spallationsneutronenquelle stellt ein Wunschprojekt für das neue, fusionierte Institut dar.» Das ist ein Zitat des Direktors des SIN in Villigen. Selbst wenn die Botschaft und der mündliche Bericht des Direktors überzeugend darlegten, dass diese Spallationsneutronenquelle in der Beurteilung durch den Schweizerischen Wissenschaftsrat für die Gebiete der Festkörperphysik, der Chemie und der Biologie als vordringlich bezeichnet wurde, so hat sich die Kommission dennoch nicht für die Freigabe des Kredites von 32,58 Millionen Franken entschliessen können.

Unsere Kommission anerkennt zwar die Tatsache, dass dieses Gerät von grösstem internationalem Forschungsinteresse ist. Sie ist überzeugt, dass es anstelle eines Reaktors ausserordentliche neue wissenschaftliche Ergebnisse liefern wird. Hingegen zweifeln wir an der Aussage, dass die Realisierung und die wissenschaftliche Nutzung der Spallationsneutronenquelle ein Musterprojekt für ein zusammengelegtes Institut SIN/EIR ist.

Aus den dargelegten Gründen empfiehlt die Kommission, den Kredit zurückzustellen. Wir erwarten in Kürze den angekündigten Bericht. Der Präsident des Schweizerischen Schulrates hofft, dass die Mitglieder unserer Kommission diesen bereits im Januar erhalten werden. Das würde uns eventuell ermöglichen, an der Sitzung im Januar auf den Kredit für den Bau einer Spallationsneutronenquelle zurückzukommen.

Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten.

**M. Cavadini**, rapporteur: Le message concernant les projets de construction des écoles polytechniques fédérales et de l'Institut suisse de recherches nucléaires devrait être l'occa-

sion et peut-être le prétexte d'une approche politique de la conception de notre développement universitaire. Le seul montant financier peut nous engager à cette réflexion nécessaire.

Les éléments constitutifs de ces engagements nous paraissent exemplaires de notre planification et des points de divergence surgis en commission éclaircissent les difficultés que je vais tenter d'exposer. Mais est-ce bien le moment de remettre en cause ce qui a été admis? Peut-on compromettre une étape de réalisation sans compromettre le tout? On nous fera observer que dans le cas de l'Ecole polytechnique fédérale de Lausanne les crédits demandés concernent la troisième phase de la deuxième étape et qu'il serait peu sage de modifier maintenant une conception élaborée depuis longtemps.

Nous connaissons depuis 1984 la politique de la science du Conseil des Ecoles polytechniques qui définit une stratégie pour dix ans. Les priorités retenues à cette époque ont en général été confirmées par l'étude d'optimisation demandée ultérieurement. Le Conseil fédéral sait que 550 places de travail devront être consenties, 50 l'ont déjà été, tout cela pour répondre dans l'ensemble aux six priorités retenues, soit l'énergie, les matériaux, la protection de l'homme et de son environnement, l'informatique, la microtechnique et la biotechnologie.

Le message que nous examinons maintenant ne remet pas en cause ces priorités mais nous contraint à serrer de plus près la question de la coordination de notre politique universitaire. La Commission de gestion avait, il y a plus d'un an, souhaité un renforcement des contrôles dans la procédure d'aide fédérale aux universités. Ces mesures étaient partiellement utiles, partiellement, disons-nous, parce qu'elles ne provenaient que d'une partie des utilisateurs. Aujourd'hui nous avons à envisager certaines mesures opportunes pour une efficacité accrue de l'autre partie.

Les travaux de la commission ont porté sur quelques questions de principe. Nous demandons que les crédits de 428 millions définis par le Conseil fédéral puissent être accordés à deux exceptions près. En effet, ces crédits couvrent plusieurs objets qui ont trait à trois domaines principaux: tout d'abord, l'Ecole polytechnique fédérale de Lausanne, puis l'Ecole polytechnique fédérale de Zurich, enfin l'Institut suisse de recherches nucléaires à Villigen. Le message vous donne tous les détails nécessaires quant à l'articulation de ces différents crédits.

Je serai rapide sur le premier qui ne soulève aucune objection de principe, celui relatif à l'Ecole polytechnique fédérale de Lausanne. Vous savez que depuis 1968, on tend à sortir l'Ecole polytechnique fédérale de la ville même pour la transférer à Ecublens. Nous abordons donc ici, avec les crédits demandés, la deuxième étape de ce transfert.

La commission vous engage à suivre les propositions du Conseil fédéral. Nous relevons le point le plus original de ce crédit qui a trait à un métro léger reliant Lausanne à Renens. On a voulu en commission soustraire de l'enveloppe générale du crédit lausannois le garage pour voitures d'un montant de 3 050 000 francs. On en fait momentanément l'économie, mais la question des places de parc n'en est pas pour autant résolue. Nous avons à prendre en compte l'augmentation du nombre des étudiants et nous constatons – et c'est une des raisons des crédits additionnels qui vous sont demandés – que les prévisions de 1982 quant à l'évolution prévisible du nombre des étudiants et des besoins universitaires étaient un peu faibles. Ce sont 3500 étudiants que très vraisemblablement l'Ecole polytechnique fédérale de Lausanne accueillera en 1990 et non pas 2800 comme on l'imaginait il y a quelques années encore. Nous admettons le bien-fondé du bâtiment pour la section informatique, le développement du centre de recherche en physique des plasmas, l'adaptation de certains bâtiments et de certains auditoriums.

Sans entrer dans la description de chaque projet, nous acceptons donc les crédits pour les équipements scientifiques et les crédits additionnels. Nous saluons la réalisation du tramway du sud-ouest lausannois. Le transport des usa-

gers de l'Ecole polytechnique fédérale et de l'Université de Lausanne est un problème qui devait être résolu par la proposition de ce métro léger. L'environnement est respecté, la pollution négligeable, la vitesse raisonnable, le confort appréciable. Le canton de Vaud participera par 90 millions à cette dépense, tandis que la Confédération prendra en charge 45 millions, le tout coûtant 135 millions. La clef de répartition est judicieuse. Nous vous proposons en même temps d'accorder la concession de construction et d'exploitation de ce tramway, car elle relève de la compétence de l'Assemblée fédérale.

Le deuxième objet d'importance est le transfert de l'Institut de pharmacie de l'Ecole polytechnique fédérale de Zurich sur le site de l'Irchel de l'Université de Zurich. Cette opération est dévisée à 50,6 millions. La question des études en pharmacie, de leur structure, de leur concentration, se pose depuis plus de 15 ans. C'est en effet dans le premier semestre de l'année 1971 que la Commission Bloch déposa son rapport. Cette commission avait conclu à la possibilité, si ce n'est à la nécessité, de ne garder sur le plan suisse que deux instituts universitaires enseignant la pharmacie. Elle concluait à la nécessité d'en maintenir un à Zurich, à l'Ecole polytechnique fédérale, tandis qu'elle suggérait qu'une seule université romande puisse se charger de ces mêmes études de pharmacie. Il y a 15 ans de cela, je le répète. Puis, devant l'impossibilité de réunir sur deux seuls instituts en Suisse ces études de pharmacie, on a souhaité se concentrer sur Zurich et sur Berne pour la formation des étudiants alémaniques. Nous rappelons la réaction du Grand Conseil du canton de Bâle qui refusa de voir se fermer un institut de pharmacologie, tant et si bien qu'à l'heure actuelle nous avons toujours, sur le plan alémanique, trois instituts formant les étudiants en pharmacie.

Sur le plan romand, la situation n'a guère évolué plus rapidement. Les groupes de contact entre les deux universités et les scientifiques ont siégé à 62 reprises pendant cinq ans pour conclure qu'en effet, il n'était possible de réunir à Lausanne que les études de pharmacie pour la Suisse romande, mais là encore, un Grand Conseil cantonal – en l'occurrence celui de la République et Canton de Genève – s'opposa à la disparition de son institut de pharmacie. Nous sommes donc ramenés «à la case départ» et nous connaissons l'existence de cinq instituts.

Une proposition a été faite en commission. Elle connut un succès plus qu'honorable puisqu'il fallut la décision du président pour qu'elle soit recommandée à votre refus, à savoir celle de renoncer à ce crédit de 50,6 millions, rendant ainsi impossible l'opération du transfert de l'Institut de l'EPFZ de la ville de Zurich sur le site de l'Irchel. Cette proposition ne nous paraît pas fondée et surtout elle ne nous paraît pas aujourd'hui praticable. Nous sommes d'avis, en effet, qu'il convient d'accepter le crédit demandé. Nous constatons tout d'abord – et je me permets d'insister sur ce point – que le canton de Zurich n'entend pas prendre en charge un nouvel institut universitaire et nous n'aimons pas beaucoup les procédés qui visent en quelque sorte à punir un canton parce qu'il refuse de se charger de ce dont une école fédérale ne voudrait plus. Quelles seraient les compensations qu'une université cantonale comme celle de Zurich pourrait obtenir en reprenant la pharmacie? Comment pourrait-on envisager d'alléger son fonctionnement de quelque 8 à 10 millions de francs, c'est-à-dire le montant des frais annuels d'exploitation d'une école de pharmacie, comment pourrait-on alléger de ce montant le fonctionnement de ladite université? Les études qui tendaient à concentrer sur Lausanne les pharmaciens romands ont échoué, nous l'avons dit, celles sur Zurich n'ont pas connu un meilleur succès. M. Lüchinger souhaitait que les universités cantonales, dotées d'une faculté de médecine, puissent seules enseigner la pharmacie, et en même temps, du côté fédéral, on n'accordait à la pharmacie qu'une priorité de troisième rang, c'est-à-dire qu'on ne considérait pas que ce fût bien urgent. Entre-temps, le nombre des étudiants n'a cessé de croître, il est aujourd'hui de plus de 1500, dont 535 dans la seule Ecole polytechnique de Zurich. Il semble donc particu-

lièrement difficile de supprimer la pharmacie à Zurich puisque, aussi bien, le canton n'en veut pas.

Ce transfert sur le site de l'Irchel aura d'ailleurs trois avantages: 1) il permettra une collaboration, efficace nous voulons le croire, avec l'Institut de pharmacologie qui se trouve déjà sur le site de l'Irchel; nous souhaitons que cette collaboration s'étende à l'utilisation d'infrastructures communes pour l'enseignement et la recherche; 2) le déplacement des pharmaciens sur le site de l'Irchel permettra aux informaticiens, aux mécaniciens et aux électriciens de trouver les locaux dont ils ont le plus cruel besoin pour travailler dans des conditions convenables dans la ville même de Zurich, c'est-à-dire dans les locaux qui sont aujourd'hui occupés par l'Institut de pharmacie; 3) cantons et Confédération devront accentuer leur coordination dans un domaine où ils ont des intérêts convergents. La nécessité de cette planification devra être renforcée. Nous voulons éviter une solution irrationnelle. Que se passerait-il d'ailleurs si nous refusions le crédit? Le canton de Zurich ne reprendrait de toute façon pas cet institut de pharmacie au travers de son université cantonale. Il conviendrait alors de ne plus aider par exemple les instituts de Bâle, de Berne, de Lausanne et de Genève jusqu'à ce qu'une concentration soit opérée, c'est-à-dire que nous aboutirions à une épreuve de force à laquelle les uns et les autres voudraient renoncer. C'est d'ailleurs un exercice de politique-fiction. Troisièmement, il conviendrait de trouver des solutions rapides pour que les sciences informatique, mécanique et des matériaux puissent maintenant se développer normalement et ce n'est pas évident de trouver à Zurich aujourd'hui de tels locaux. La pesée des intérêts majeurs qui sont ici compris nous engage à vous demander d'accepter le choix proposé et le crédit de 50,6 millions.

Enfin, très brièvement et en conclusion, troisième volet: nous sommes d'avis, comme la commission vous le recommande, de suspendre notre accord sur le crédit de 32 580 000 francs en faveur de l'Institut suisse de recherches nucléaires de Villigen jusqu'à ce que la fusion des institutions fédérales de Würenlingen et de Villigen soit accomplie. Nous pourrions, et nous devons vraisemblablement revenir sur ce troisième crédit, aujourd'hui nous vous demandons de le soustraire du montant général des crédits qui vous sont demandés.

**Präsident:** In Ergänzung zu den Kommissionsprechern spricht für die Bautengruppe Herr Aregger.

**Aregger:** Seit dem Beschluss, die ETH Lausanne nach Ecublens zu verlegen, haben sich die zuständigen Stellen mit der Verkehrserschliessung der neuen Hochschule befasst. Dabei war von Anfang an klar, dass sich der Bund als Eigentümer der ETH neben der Strassenerschliessung unbedingt auch an der Erschliessung mit einem öffentlichen Verkehrsmittel zu beteiligen hat. Im Einvernehmen mit der Stadt Lausanne und mit dem Kanton Waadt wurde aus verschiedenen Lösungsmöglichkeiten das vorliegende Projekt einer Trambahn gewählt. Bei einer Länge von 8 km führt sie von der Place du Flon im Zentrum von Lausanne über Dorigny zur ETH und weiter zum SBB-Bahnhof Renens. Sie erschliesst das Hochschulzentrum mit 12 000 Universitäts- und ETH-Studenten und einen Teil der Agglomeration Lausanne mit potentiell 30 000 Einwohnern.

Wenn wir der Vorlage zustimmen, soll die Trambahn 1990 in Betrieb genommen werden.

Besonders hervorzuheben ist das System der neuen Trambahn, denn erstmals in der Schweiz kommt das Modell Metro zur Anwendung. Die Hochperrons mit ebenerdigen Einstieg machen das Verkehrsmittel benutzerfreundlich und attraktiv. Lausanne ist zu dieser Variantenwahl zu beglückwünschen. Die neue Trambahn ist eine echte Förderung des öffentlichen Verkehrs, und es bleibt zu hoffen, dass andere Städte bei der Lösung ihrer Transportprobleme dem Beispiel von Lausanne folgen werden. Uebrigens wurden die Verantwortlichen durch eine Trambahn im holländischen Utrecht zu diesem Projekt inspiriert, *nota bene* einer Bahn,

die von der Schweizer Industrie nach Holland geliefert wurde.

Der Bundesrat schlägt uns vor, an den Bau der Trambahn einen einmaligen Beitrag von 45 Millionen Franken zu leisten. Dazu ist zu bemerken, dass die 45 Millionen Franken genau einem Drittel des Gesamtvoranschlags von 135 Millionen Franken entsprechen. Je ein Drittel wird vom Kanton Waadt und der Stadt Lausanne getragen. Beim Bundesbeitrag handelt es sich jedoch ausdrücklich um einen einmaligen und fixen Beitrag. Das Risiko der Baukostenüberschreitung und der jährlichen Bauteuerung geht voll zulasten der Bauherrschaft, d. h. der Société des tramways du sud-ouest lausannois. Die Bautengruppe hat das Projekt eingehend geprüft.

Mit der Kommission Wissenschaft und Forschung beantragen wir Ihnen, sowohl dem Bundesbeschluss über die Konzessionserteilung als auch dem Bundesbeitrag von 45 Millionen Franken gemäss Anhang I der Hochschulbauvorlage zuzustimmen.

**Zwygart:** Nach der ausführlichen Berichterstattung des Präsidenten kann ich mich relativ kurz fassen. Die LdU/EVP-Fraktion ist für Eintreten auf diese Geschäfte und folgt mehrheitlich den Kommissionsanträgen.

Es ist erfreulich feststellen zu können, dass sich die Verlegung und der Ausbau ETH Lausanne als Generationenwerk dem Ende zuneigen. Heute können wir dankbar auf die vor 25 Jahren von der Behörde gefällten mutigen Entscheide zurückblicken.

Eine Bemerkung zum Bauvorhaben in Lausanne sei erlaubt. Unsere Fraktion begrüsst den Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes durch die Erstellung der Trambahn. Der Kredit und die Konzessionserteilung sind als Grundlage und Voraussetzung sehr begrüssenswert. Der Absage für die Erstellung von 135 Parkplätzen weinen wir keine Tränen nach. Im Gegenteil: es ist eine logische Folge. Wir sind froh, dass die Einsicht wächst, dass es die «Füfi-und-Weggli-Politik» in bezug auf öffentlichen und privaten Verkehr nicht mehr geben kann. Wir hoffen auf vermehrte Nachahmung in ähnlichen Verkehrsfragen.

Zur Pharmazieverlegung, die ja recht umstritten ist, möchten wir folgendes bemerken: Bekanntlich geht diesem Beschluss eine jahrelange Diskussion voraus. Es hat sich keine Lösung gezeigt. Rein äusserlich könnten mit den Verlegungen nun ideale Verhältnisse für die Studierenden geschaffen werden. Aus meiner Sicht hat es sogar grosse Vorteile, wenn der Bund als verantwortliche Instanz an der naturwissenschaftlich-technisch orientierten ETH in Richtung medizinischer Fakultät noch etwas zu sagen hat. Dieser Fuss in der Tür kann auch zukünftig Hilfe sein. Bekanntlich ist die Mediziner-Ausbildung nach wie vor eine der bestimmendsten Disziplinen für alle Sparten der Hochschul-ausbildung. Besonders jedoch hat die Medizin für die Maturitätsanforderung sehr grosses Gewicht. Wenn sich hier der Bund ein direktes Mitspracherecht vorbehält und am Ball bleibt, ist das vielleicht auch später bedeutungsvoll. Das Faustpfand Pharmazie kann einen weiteren Vorteil haben. Die Auflösung von Hochschulstudien in immer verfeinerte Einzelzeldisziplinen hat viele Nachteile. Längerfristig muss eine verstärkte Verknüpfung der Einzeldisziplinen verwirklicht werden. Der Unfall von Basel hat uns in tragischer Weise die Nachteile des Vorantreibens von Einzelwissen ohne Gesamtschau vor Augen geführt.

Fasziniert kann etwa ein Chemiker seinen Forschungen im Labor nachgehen und sie rein theoretisch entwickeln. Ueber Auswirkungen in der Biosphäre macht er sich wohl keine Gedanken und ebenso wenig der Techniker, der das umsetzt.

Heute brauchen wir nicht nur wissenschaftliches und technisches, sondern auch ethisches und moralisches Wissen. So könnte der Fremdkörper von Pharmazieausbildung an der ETH auch eine Chance sein, damit unsere Forscher und Ingenieure über die Konsequenzen ihres Handelns nachdenken, wenn andere Disziplinen unter dem gleichen Dach unterrichtet werden. Ich würde es sogar sehen, wenn an

unseren technischen Universitäten Theologen und Philosophen ausgebildet würden. Wissen und Gewissen sind auseinandergebildet worden – das ist verhängnisvoll! Unsere Studenten werden angeleitet, wie sie die Grenzen menschlichen Wissens erweitern können. Man bietet ihnen aber in ihrer Ausbildung keine Hilfe an, wie sie solches Wissen verantwortlich einsetzen können. Man nimmt an, dies wachse von selbst.

Im Mittelalter scharte sich die übrige Forschung um die Theologie. Leider brach diese Einheit, vorwiegend wegen der Sturheit der Kirche, auseinander. Heute wären wir froh, wenn es nicht zu einem Bruch in einer solch tragischen Art und Weise gekommen wäre. Darum ist es notwendig, dass Behörden, aber auch Kirchen ihre Pflicht bewusst wahrnehmen und Hilfe bieten für Gewissensbildung. So begrüße ich es auch, wenn Theologen und Kirchen zur wissenschaftlichen Bildung, zu aufgeworfenen Fragen in Wirtschaft und Umwelt Stellung beziehen.

Deshalb erlaube ich mir, an den Bundesrat folgende Frage zu stellen: Sieht er nicht auch eine gewisse Notwendigkeit, längerfristig den Studenten Hilfe zur Gewissensbildung zu bieten?

Man kann also in bezug auf die Diskussion, die jetzt über die Pharmazie beginnen wird, zusammenfassend festhalten, dass es Nachteile hat, wenn die ETH weiterhin die Oberherrschaft besitzt, aber andererseits auch viele Vorteile.

Deshalb bin ich für den bestehenden Zustand und befürworte auch eine Verlegung aus dem Zentrum, damit Platz frei wird für die neuen wissenschaftlichen Richtungen.

*Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen  
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 19.40 Uhr  
La séance est levée à 19 h 40*

## **ETH. Bauvorhaben und Tramkonzession Lausanne Süd-West**

### **EPF. Projets de construction et concession pour le tramway Lausanne sud-ouest**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1986
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	86.031
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	08.12.1986 - 14:30
Date	
Data	
Seite	1798-1802
Page	
Pagina	
Ref. No	20 014 982

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.